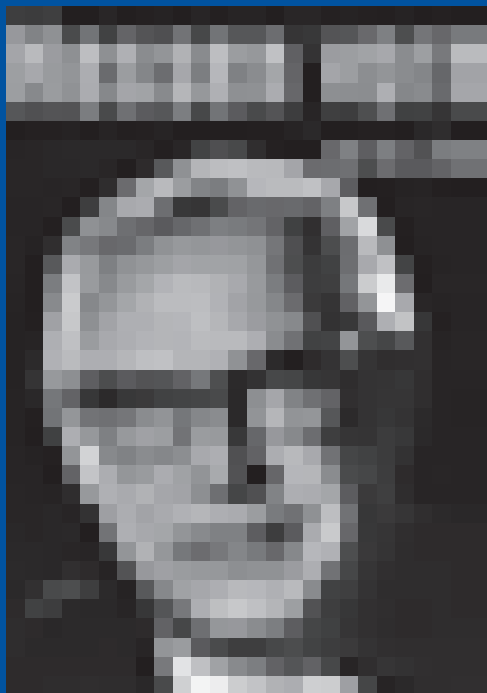


Blickpunkt Hessen

Walter Mühlhausen

Georg
August Zinn -
Baumeister
des modernen
Hessen



Georg August Zinn - Baumeister des modernen Hessen

Verfasser:

PROF. DR. WALTER MÜHLHAUSEN (geb. 1956 in Eichenberg/Nordhessen), Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Er lehrt nebenberuflich als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt und ist unter anderem Mitglied der Kommission für Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen beim Hessischen Landtag.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.*

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Herausgeberin: Angelika Röming
Gestaltung: G-S Grafik & Satz GbR, Wiesbaden, www.grafiksatz.de
Druck: dingens und frick GmbH, 65199 Wiesbaden
Erscheinungsdatum: Juli 2016
Auflage: 4.000
ISSN: 1612-0825
ISBN: 978-3-943192-32-2

Bildnachweis:

Archiv des Hessischen Landtags (Wiesbaden): Seite 24

Hessisches Hauptstaatsarchiv (Wiesbaden): Seite 23

Foto Rudolph (Wiesbaden)/Hessisches Hauptstaatsarchiv (Wiesbaden): Seite 4

Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie (Bonn): Umschlag und alle anderen

Georg August Zinn - Baumeister des modernen Hessen

1. Weichenstellung in die Ära Zinn

Am 6. Dezember 1950 versammelten sich die Spitzengremien der hessischen SPD, die Mitglieder der neu gewählten Landtagsfraktion und die Vorstände der beiden Parteibezirke Nord und Süd, zur Nominierung des Ministerpräsidenten. Es konnte nach dem Sieg der SPD bei den Landtagswahlen am 19. November eigentlich kaum Zweifel geben, dass der seit Dezember 1946 amtierende Ministerpräsident Christian Stock (SPD) auch der neue sein würde. Doch der nunmehr 66-jährige Amtsinhaber, ein alter Haudegen der Arbeiterbewegung, der in der Sozialdemokratie des Kaiserreiches groß geworden war und die alte SPD aus der Zeit vor 1933 verkörperte, unterlag überraschend auf dem sogenannten „Kleinen Landesparteitag“ mit 47 gegen 42 Stimmen seinem ehemaligen Justizminister Georg August Zinn.¹ Für Zinn hatte sich neben den Parteigrößen aus Nordhessen vor allem der bundesdeutsche SPD-Vorstand stark gemacht, der den agilen Bundestagsabgeordneten als dynamischen Modernisierer an der Spitze einer nunmehr möglichen Alleinregierung favorisierte. Die Weichen waren gestellt - für einen langen Zeitraum. Denn Zinn regierte für 19 Jahre bis zu seinem krankheitsbedingten Rücktritt im Oktober 1969. Seine Ministerpräsidenten-



Zinn 1958.

zeit prägte dauerhaft politische Kultur und Struktur Hessens, das zeitgenössisch mit seinem Namen und seiner Partei in Verbindung gebracht wurde. Kaum ein anderes Bundesland wurde in dieser Zeit so mit einer Person und seiner Partei identifiziert wie das Land zwischen Werra und Neckar mit Zinn und der SPD.

2. Der Weg des Sozialdemokraten

Georg August Zinn stand für eine neue Generation von sozialdemokratischen Parteiführern, denen nicht der Makel des Scheiterns der Weimarer Republik anhaftete, auch wenn der Jurist sich gegen Ende der ersten deutschen Demokratie als Stadtverordneter in Kassel von 1929 bis 1933 seine ersten politischen Sporen verdient hatte. Geboren am 27. Mai 1901 in Frankfurt als Sohn des Ingenieurs Conrad Zinn und seiner Ehefrau Marie, erlebte er, bedingt durch verschiedene Anstellungen des Vaters, die Schulzeit an verschiedenen Orten quer durch Deutschland, ehe seine Familie 1918 in die preußische Provinzhauptstadt Kassel kam, wo der Bürgersohn aus national-liberalem Hause wohl schon im August 1919 mit 18 Jahren, noch vor dem Abitur, in die SPD eintrat. Bedingt durch den frühen Tod seines Vaters im Mai 1920 musste Zinn, der zwei Monate zuvor die Reifeprüfung abgelegt hatte, den Wunsch nach einem Studium zurückstellen. Er absolvierte eine Ausbildung zum Kommunalbeamten bei der Stadtverwaltung Kassel, wo der Republikgründer Philipp Scheidemann als Oberbürgermeister amtierte, und studierte, nachdem er sich vom Dienst bei der Stadt hatte beurlauben lassen, in Göttingen und Berlin Jura. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen ließ er sich 1931 als Rechtsanwalt in Kassel nieder, wo er sich führend in der SPD und republikanischen Organisationen engagierte. Im November 1929 zum Stadtverordneten gewählt, profilierte sich Zinn, jüngster der 21-köpfigen SPD-Fraktion, als einer ihrer aktivsten

Köpfe. Im Stadtparlament erlebte er den Radau der vier NSDAP-Abgeordneten unter ihrem Wortführer Roland Freisler, der ab 1942 als Präsident des schändlichen „Volksgerichtshofes“ oberster Scherger der nationalsozialistischen Diktatur werden sollte.

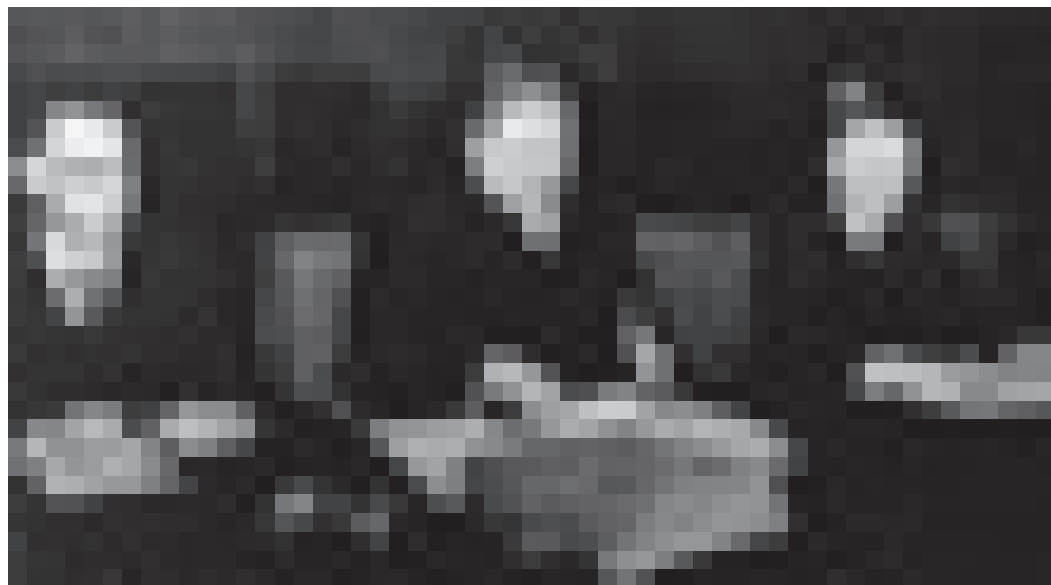
Nach der Machtergreifung Hitlers verteidigte der Rechtsanwalt Zinn Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus, geriet als ehemaliger prominenter Sozialdemokrat ins Visier des Unrechts und wurde 1933 vorübergehend in „Schutzhaft“ genommen. Sein jüngerer Bruder Karl wurde als aktiver Widerstandskämpfer 1933 zu einer mehrjährigen Haft verurteilt. Georg August Zinn, seit 1926 mit Meta Sturm verheiratet, hielt Kontakt zu oppositionellen Kreisen. Im Zweiten Weltkrieg wurde er zum Frontdienst eingezogen und geriet in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er Mitte Juni 1945 entlassen wurde.

Zurück in Kassel, wollte er am Neuaufbau der Demokratie mitwirken. Als bekannter Gegner der Nationalsozialisten wurde er im Oktober dort Landgerichtsdirektor. Aber nur für kurze Zeit, denn die amerikanische Militärregierung des am 19. September 1945 neu gegründeten Landes „Groß-Hessen“ (ab Dezember 1946 „Hessen“) ernannte ihn zum Justizminister in der aus Vertretern aller Parteien bestehenden ersten Landesregierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Karl Geiler. Auch in der Nachfolgeregierung unter Christian Stock und von 1951 bis 1963 – in Personalunion mit dem Amt des Ministerpräsidenten – bekleidete er diesen Posten. Die ersten Jahre bis zu seiner Wahl in den Bundes-

tag 1949 waren geprägt von der Notwendigkeit des Aufbaus einer demokratischen Justiz, der Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und den Erfordernissen einer gerechten Entnazifizierung, also der Frage, wie die Nationalsozialisten zur Rechenschaft für ihre Mitschuld an der Diktatur gezogen werden sollten. Trotz der desolaten Ausgangslage erwarb sich der Justizminister in seinen insgesamt 17 Amtsjahren einen Ruf als Macher und gilt als Gestalter der hessischen Nachkriegsjustiz.

Auch über Hessen hinaus wurde er bekannt. Im Juni 1947 wurde er Mitglied des Wirtschaftsrates des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes und sogleich zum Vizepräsidenten gewählt. Da die Besatzungsmächte Ministeramt und Mandat für unvereinbar erklärten, entschied sich Zinn im August 1947 für die Landespolitik. Der Staatsrechtler machte sich dann 1948/49

als einer der führenden Männer im Parlamentarischen Rat einen Namen als Schöpfer des bundesrepublikanischen Grundgesetzes. Bereits zur Hessischen Verfassung hatte Zinn, der einer im März 1946 gebildeten regierungsoffiziellen vorbereitenden Verfassungskommission angehörte, gemeinsam mit seinem Ministerialdirektor Adolf Arndt einen wegweisenden Entwurf präsentiert, der von rechtsstaatlichem und sozialstaatlichem Gedankengut durchdrungen und Leitfaden für die sozialdemokratische Verfassungspolitik war. Zwar war er als Minister nicht direkt in die Beratungen um die am 1. Dezember 1946 im Volkentscheid angenommene Landesverfassung involviert, doch zwei Jahre später nominierte ihn der Landtag als einen von sechs Vertretern für den Parlamentarischen Rat in Bonn. Hier trat er besonders bei



Im Parlamentarischen Rat 1949: Georg August Zinn (l.) neben Carlo Schmid (SPD) und Konrad Adenauer (CDU).

der Formulierung der Grundrechte hervor und fungierte in den oftmals vor dem Scheitern stehenden Verhandlungen als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Positionen. Als Mitglied des dreiköpfigen Allgemeinen Redaktionsausschusses neben Thomas Dehler (FDP) und dem Hessen Heinrich von Brentano (CDU) war er letztlich für den Gesamtentwurf verantwortlich.

Auch durch seine herausragende Mitarbeit am Grundgesetz empfahl er sich für den ersten deutschen Bundestag. Bei den Bundestagswahlen am 14. August 1949 gewann er das Direktmandat in seinem Kasseler Wahlkreis. Er schied zum 1. November als Justizminister aus der Landesregierung aus, sollte aber schon ein Jahr später nach Hessen zurückkehren.

3. Konstante Regierungen

Am 14. Dezember 1950 bestimmte der Landtag Georg August Zinn zum Ministerpräsidenten. Seine Wahl markierte einen Einschnitt in der hessischen Geschichte. Obwohl die SPD bei den Landtagswahlen im November 1950 nur 44,4 Prozent erzielt hatte, reichte das aufgrund des nach einer Verfassungsänderung eingeführten kombinierten Verhältnis- und Mehrheitswahlsystems zur Parlamentsmehrheit mit 47 von insgesamt 80 Mandaten.

Die hessische SPD, die seit Gründung des Landes mit am Kabinettstisch saß, konnte nun allein regieren. Die seit 1946 bestehende SPD/CDU-Koalition, die in den Reihen der beiden Partner zusehends an Akzeptanz verloren hatte, wurde für beendet erklärt. Mit der Alleinregierung der SPD



Auftakt zur Ära Zinn: nach seiner Wahl am 14. Dezember 1950 bei der Ansprache im Hessischen Landtag.

war es nach den nächsten Landtagswahlen im November 1954 vorbei, denn nach einer Revision des Wahlrechts reichten der SPD ihre 42,6 Prozent nicht mehr für eine Mehrheit. Mit 44 von nunmehr 96 Mandaten war sie auf einen Koalitionspartner angewiesen. In diese Rolle schlüpfte der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen (GB/BHE). Dieser hatte sich im August 1950 als politische Partei der Vertriebenen (zunächst als BHE) gegründet und war bei den Wahlen 1950 über eine gemeinsame Liste mit der FDP in den Landtag eingezogen, wo man eine eigene Fraktion bildete, die in zahlreichen Fragen mit der Regierung zusammenarbeitete und auch mit Posten im Bereich der staatlichen Flüchtlingsbetreuung bedacht wurde. Zinns Coup, den GB/BHE 1955 an den Kabinetts-tisch zu holen, gelang nicht zuletzt auch, weil er dem Partner überproportional zum Wahlergebnis zwei der sechs Ministerien reservierte: das Landwirtschaftsministerium mit dem Sudeten-deutschen Gustav Hacker im Chef-sessel und das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, das der BHE-Landesvorsitzende Gott-hard Franke übernahm.

Am 17. Dezember 1954 mit 51 Ja-Stimmen, gegen 21 Nein-Stimmen bei 22 Enthaltungen der CDU erneut gewählt, stellte sich Zinn eine junge Regierungsmannschaft zusammen: Das Durchschnittsalter, das 1951 noch bei 57 Jahren gelegen hatte, betrug bei Amtseinführung 1955 ca. 51 Jahre. Nach seiner ersten Wahl 1950 hatte er einen radikalen Schnitt in der mit sechs Ministerien relativ kleinen Regierungsmannschaft vollzogen. Die Wechsel in den

folgenden Kabinetten, die frei von großen Affären blieben, bewegten sich im normalen Rahmen. Zinn holte auch Nicht-Hessen, darunter die beiden Kultusminister Arno Hennig (1953-1959) und Ernst Schütte (1959-1969) sowie Heinrich Hemsath als Sozialminister (1959-1969) nach Wiesbaden, die als „Zinn-Soldaten“² für Furore sorgten. Kontinuität bestimmte auch die Spitze der Staatskanzlei: Mit Hermann Bach (bis 1963), Willi Brundert, der allerdings 1964 schon nach einem Jahr als Oberbürgermeister in den Frankfurter Römer wechselte, und Willi Birkelbach standen Zinn in 19 Jahren nur drei Chefs der Staatskanzlei in Wiesbadens Bierstadter Straße zur Seite, die zur eigentlichen Politikschmiede wurde und wo Zinn, umgeben von einem kleinen effektiv arbeitenden Beraterstab, den Takt angab.

Über die direkte Einbindung der Interessen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch einen pragmatischen und verlässlichen GB/BHE, der im Gegensatz zu anderen Landesverbänden weitgehend auf nationale Töne verzichtete, wurde die Integration der Neubürger befördert. Aus dem Bündnis der ältesten und der jüngsten Partei der deutschen Geschichte entwickelte sich in Hessen eine stabile Regierung, die nach den nächsten Landtagswahlen 1958 fortgesetzt wurde. Der nahezu konstante GB/BHE (7,4 %) blieb seinem Koalitionspartner SPD (46,9 %) treu, was die SPD nach den Wahlen 1962 goutierte, als sie trotz absoluter Mehrheit (50,8 %), also ohne Notwendigkeit, das Bündnis fortsetzte. Zinn hatte schon vor den Wahlen signalisiert, die Koalition beizubehalten. 1962 erreichte die SPD in Hessen zum

ersten Mal in einem Flächenland der Bundesrepublik die absolute Mehrheit an Wählerstimmen. Zinn blieb am Ruder, auch nach den nächsten Landtagswahlen 1966, die als „Kulminationspunkt sozialdemokratischer Stärke in Hessen“ in die Geschichte eingingen.³

Die Wahlen von 1962 und 1966 waren Triumph des mittlerweile weit über die eigene Partei hinaus als Landesvater anerkannten Zinn, die unanfechtbare Wahlkampflokomotive der Hessen-SPD. Die Partei ging mit griffigen Slogans in die Wahlkämpfe: zum einen personalisiert auf den Amts-

inhaber, wenn sie 1958 eine Serie von Plakaten auflegte, in der sie unter dem Motto „ich bin für Zinn“ u. a. einen Arbeiter oder eine Schülerin mit dem Amtsinhaber abbildete, und ein weiteres Plakat den Ministerpräsidenten staatsmännisch am Schreibtisch präsentierte, untertitelt mit „Zinn für Hessen“. Hiermit wurde eine Kongruenz der Hessen mit Zinn und Zinns mit den Bürgern des Landes vermittelt. Zum anderen hoben die Wahlkampfstrategen die Modernität des Landes hervor wie mit der zu einem geflügelten Wort werdenden Losung „Hessen vorn“, dem Fortschrittlichkeit ausdrückenden Wahlmotto von 1962, das gewissermaßen zum Gütesiegel für das Land wurde.

Zu Recht sprach man allgemein vom „roten Hessen“. Die SPD war mit Abstand die stärkste Fraktion; ihr Ministerpräsident prägte die Landespolitik. Mehr noch: Die SPD dominierte in den 1950er und 1960er Jahren in der überwiegenden Mehrzahl der Kommunen und auch in den Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, zu denen seit Mitte der 1950er Jahre neben Frankfurt, Wiesbaden, Kassel und Darmstadt auch Offenbach zählte, in denen sie – mit Ausnahme Wiesbadens bis 1960 – während der gesamten Amtszeit Zinns die Oberbürgermeister stellte. Die politische Landkarte wies seit den Kreistagswahlen von 1952 ein bis 1972 kontinuierlich wachsendes Band roter Landkreise auf. Den Höhepunkt markierten die Wahlen von 1964, bei denen die SPD in 35 von 39 Kreisen vorn lag, davon in 21 mit absoluter Mehrheit. Auf dieser Basis konnte Zinn zügig seine Reformpolitik gestalten und umfassende Vorhaben realisieren.



„ich bin für Zinn“ - Wahlplakat der SPD 1958.

Dabei lässt sich seine Regierungszeit grob in zwei Phasen gliedern: in die Jahre von 1951 bis 1962, überschrieben als „Ende der Nachkriegszeit. Wiederaufbau und Erneuerung“, und jene von 1962 bis 1969 unter dem Leitmotiv „Hessen vorn. Aufstieg und Modernisierung“.⁴ Ganz im Sinne dieser Periodisierung erklärte der Ministerpräsident zum Auftakt zur vierten Amtsperiode 1963 die Zeit, in der es um Überwindung der Nachkriegsnot gegangen sei, ebenso für beendet wie die Phase des eigentlichen Wiederaufbaus. Jetzt gehe es darum, das Gefälle im Land zu mildern und den negativen Folgen des unaufhaltsamen Fortschritts zu begegnen.⁵

Bei Zinns Amtsantritt 1950 war die unmittelbare Not überwunden, begann ein bis 1973 anhaltendes, Mitte der 1960er Jahre nur kurzzeitig unterbrochenes wirtschaftliches Wachstum. In diese Periode von wirtschaftlichem Aufstieg und gesellschaftlicher Konsolidierung vollzog sich die Fundamentierung des sozialdemokratischen Hessen, das innerhalb der eigenen Reihen zum Gegenentwurf zur Adenauer-Republik stilisiert wurde.

4. Zwischen Amt und Partei

Die überragende Gestalt des Ministerpräsidenten sorgte dafür, dass die hessische Politik seiner Zeit eine solche Wirkungskraft entwickelte. Zinn vermochte über die traditionelle sozialdemokratische Klientel hinaus Wähler zu gewinnen, auch solche, für die nach fest eingebraunten, althergebrachten Vorurteilen die Sozialdemokratie

als politikunfähig und landesverräterisch galt. Er überwand diese tradierten Hürden und Stereotypen durch eine gewinnende Art und nimmermüde Überzeugungsarbeit. Von Weggefährten wurde er als „maßvoller, unpathetischer, zielstrebig, politischer Realist“ charakterisiert, „den politische Phantasie beflügelt und den bei aller Nüchternheit seines Denkens politische Leidenschaft erfüllt“ habe.⁶ Im Kabinett habe er „souverän“ regiert – menschlich immer umgänglich, wie sich sein Minister und Amtsnachfolger Albert Osswald erinnert: Bescheiden im Auftreten, sei er ein „unterhaltsamer Plauderer, jedoch kein Volkstribun“ gewesen.⁷ Am Regierungstisch gab er sich kollegial, wollte alle Minister in die Entscheidungen einbinden. Zinn war der Macher und Kommunikator.⁸

Er wurde aber auch als Politiker der Distanz gesehen, dem der intellektuelle Glanz gefehlt habe. Er galt als Gesprächspartner mit der Fähigkeit, komplexe Sachverhalte auf den Kern zu reduzieren, mitunter jedoch ebenso als Mann, dem „Zornesausbrüche und Unduldsamkeit“ nicht fremd gewesen seien.⁹ Mit Fachkompetenz, einem Gespür für Stimmungen und Notwendigkeiten, dabei immer unter dem Ziel, unterschiedliche Interessen zum Wohle des Landes zu bündeln und die Hessen mit auf den Weg zu nehmen, gestaltete er seine Politik. Verlässlichkeit und Integrationsfähigkeit waren ihm eigen; eine auf momentane Stimmungen im Lande gründende Sprunghaftigkeit lag ihm fern. Die posthumen Lobeshymnen gipfelten in Charakterisierungen von einem Staatsmann, der „die Leidenschaft eines Arbeiterführers mit der Sach-

kunde eines Staatsrechtslehrers und dem Durchsetzungswillen eines strategischen Kopfes“ verbunden habe.¹⁰

Ungeachtet solcher Überhöhung erreichte Zinn, der sich selbst nicht gern in der ihm mit zunehmender Dauer immer mehr zugeschriebenen Rolle des Landesvaters sah, hohe Popularitäts- und Bekanntheitswerte, die ihn für die SPD zur unbestrittenen Galionsfigur machten. Er pflegte langjährige Freundschaften über die eigene Partei hinaus, die auch durch den sachlichen Dissens nicht zerbrachen.

Bürgernähe wurde zum Signum seines Politikstils und trug zu hohen Sympathiewerten bei. Die anlässlich des Wahlkampfes von 1954 eingeführten, zunächst ein-
tägigen, später mehrtägigen

„Kreisbereisungen“ (mit Bürgergesprächstunden), deren Zahl sich im folgenden Jahrzehnt auf insgesamt 100 belaufen sollte, brachten ihn landauf, landab in Kontakt mit der Bevölkerung aller Schichten. Er suchte das Gespräch mit allen, mit dem Funktionär der Gewerkschaften genauso wie mit dem Wirtschaftsboss. Zinn nahm die Bürger ernst; und die Bürger nahmen es ihm ab. Die enge Verbindung zwischen der Landesregierung und dem Bürger gewährleisteten auch die in den 1950er und 1960er Jahren im Landtag dominierenden Kommunalpolitiker. Nach den Wahlen von 1962 waren von 96 Mandatsträgern immerhin 28 gleichzeitig Landräte, Bürgermeister oder Stadträte ganz überwiegend aus der SPD, die als Transmissionsriemen die Politik der Regierung in die Fläche hinaus-



Der Ministerpräsident unterwegs bei den Hessen: Kreisbereisung (um 1959).

trugen, aber auch die draußen im Lande vorhandenen Stimmungen in Wiesbaden zu Gehör brachten.

Zinn erwarb sich über die Partei hinaus breite Anerkennung; „wer ihn nicht verehrt, respektiert ihn zumindest“, schrieb „Die Zeit“ auf dem Zenit seiner Popularität.¹¹ Eine moderne, progressive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seines engsten Mitarbeiterstabes förderte seine Bekanntheit und letztlich auch seine Popularität. Hausgemachte Krisen und Skandale trübten nicht das Ansehen, denn, so schrieb „Die Zeit“ zu seinem Tod 1976: „Unter Zinn war Hessen ein Land ohne Affären“.¹² Und dies obwohl die Bezirksgrößen der SPD nicht immer mit ihm konform gingen und basisdemokratisches Rumoren auch bis nach Wiesbaden zu vernehmen war.

Zinn konnte sich weitgehend auf eine einheitliche Landes-SPD stützen, die sich in die Bezirke Hessen-Süd und -Nord gliederte. Die hessische SPD mit der bundesweit höchsten Organisationsdichte verfügte als hegemoniale Partei über stabile lokale Stützpunkte sowohl im städtisch geprägten Südhessen wie auch im kleinstädtisch-ländlichen Raum des Nordens. Zwar besaß Zinn als Landesvorsitzender nur begrenzte Durchsetzungsmöglichkeiten, doch als Vorsitzender des nördlichen Bezirks während seiner gesamten Amtszeit hatte er eine traditionell bodenständige Hausmacht hinter sich, die dem sich in theoretischen Grundsatzdiskussionen verlierenden, mitunter nach Links tendierenden Süd-Bezirk Paroli bot. Zinn gelang es, den weitaus größeren südlichen Bezirk, der stets etwa 2,5 Mal so viele Mitglieder wie der nördliche besaß, über kluge Personalentscheidungen

in die Regierungspolitik ein- und anzubinden. So hielten sich die Querschüsse aus den eigenen Reihen in Grenzen, auch wenn Zinn nicht bis zur Selbstverleugnung mit der Verteilung von Posten an die Bezirke deren Wohlwollen zu versichern suchte. Eben weil der Ministerpräsident für die SPD zum scheinbar unanfechtbaren Zugpferd wurde, hatten es innerparteiliche Rebellen schwer.

Doch wie bei zahlreichen immer mehr voll und ganz im Staatsamt aufgehenden Politikern, so zeigte sich auch bei Zinn mit zunehmender Dauer eine Verselbständigung von Person und Politik, die sich in



Wahlplakat der SPD 1954.

einer auch öffentlich bekundeten stärkeren Verpflichtung gegenüber Amt und Allgemeinheit, zu Lasten von Partei und Partei-räson manifestierte. Dies kennzeichnete die Spätphase seiner Ministerpräsidentenzeit, in der politische Schwäche, Ermüdungserscheinungen und Unsicherheiten ausgemacht wurden und sich auch Risse im Verhältnis zur eigenen Partei offenbarten. Es musste für manch einen in der Partei doch befremdlich wirken, wenn der Ministerpräsident 1965 in einem Zeitungsinterview meinte: „Die Partei hat keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit in Hessen. Es ist umgekehrt, die Regierungsarbeit bei uns hat großen Einfluss auf die Partei.“¹³ Basisdemokratische Politikgestaltung sieht anders aus.

Das sorgte für Reibungsflächen wie bei der Regierungsbildung Ende 1966, als der von Zinn für das Amt des Justizministers auserkorene „Nichthesse“ Klaus von Dohnanyi, der es in den 1980er Jahren immerhin zum Ersten Bürgermeister Hamburgs bringen sollte, in der eigenen Partei nicht durchzusetzen war. Die Fraktion entschied sich für ihren Vorsitzenden Johannes Strelitz – ein erstes Zeichen einer Schwäche Zinns, der im Gegenzug nahezu im Alleingang die bayerische FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher zur Staatssekretärin im Kultusministerium berief, was die Fraktion wiederum – nachträglich – nur mit knapper Mehrheit absegnete.

5. Pragmatische Reformpolitik

Der Erfolg von hessischer SPD und Zinn basierte auf einem pragmatischen Kurs, der auf ideo-

logiebefrachtete Floskeln verzichtete. So musste „Die Zeit“ noch Jahre später daran erinnern, dass Zinn „wohl Sozialist“ gewesen sei – aber eben keiner der alten Garde, denn „sein Sozialismus war programmatisch so undoktrinär wie integrativ, dabei praktisch, nüchtern und zielstrebig.“¹⁴ Sicherlich beherrschte Zinn das überlieferte sozialistische Vokabular, mit dem er das traditionelle sozialdemokratische Milieu mit auf den Weg nehmen konnte, doch mit „antiquierten marxistischen Phrasen“ beglückte er die Öffentlichkeit nicht.¹⁵ Wenn er im Jahr seines Rücktritts noch davon schrieb, dass Hessen „neue Wege des Sozialismus“ beschritten habe, so lieferte er sogleich die Begründung für einen vom überkommenen Traditionalismus der SPD abgelösten pragmatischen Kurs. Er bekannte sich zwar auch dazu, „in und mit der deutschen Arbeiterbewegung groß geworden“ zu sein, aber nach dem Scheitern der ersten Republik und den furchtbaren Zeiten des Nationalsozialismus habe die Sozialdemokratie nicht wieder da anknüpfen können, wo sie 1933 stehen geblieben war.¹⁶

In seiner ersten Regierungserklärung vom Januar 1951 erläuterte er sein Verständnis vom neuen „freien Sozialismus“. Dieser wolle „die schöpferische Initiative des einzelnen nicht hindern“, sondern habe diese „geradezu zur Voraussetzung“.¹⁷ Vier Jahre später dämpfte er bei gleicher Gelegenheit die Erwartungen: Er verspreche „niemandem ein hessisches Sozialparadies“, aber: „Die soziale Demokratie des 20. Jahrhunderts beruht auf der Verpflichtung zu gegenseitiger Solidarität.“¹⁸ Pragmatismus



Der Redner (1951).

und Realismus zeichneten ihn aus: „Wir beabsichtigen keine Experimente. Wir sind weder Dogmatiker noch Utopisten. Die Politik der Regierung wird maßvoll sein. Sie wird sich Ziele setzen, die bei ernstem Willen und einigermaßen günstigen Umständen erreichbar sind.“¹⁹ Dieses „keine Experimente“ als Kennzeichen der Verlässlichkeit von Politik durchzog als fester Bestandteil die Reden Zinns. Seine Landtagsreden, vor allem seine Regierungserklärungen, waren ausgefeilte Dokumente ehrlicher Rechtschaffenheit, nachgerade „passagenweise republikanische Lehrstücke“²⁰. Er hatte dabei immer sowohl die unmittelbaren Aufgaben als auch die längerfristigen Perspektiven im Blick. Langfristig ging es für Zinn um Ausbau und Festigung der sozialen Demokratie

über eine konsequente Reformpolitik.

Seine Politik des pragmatischen, demokratisch-humanitären Sozialismus war Erprobungsfeld für das, was später 1959 im Godesberger Programm der SPD seinen Niederschlag finden sollte. Mit der konsequenten Öffnung der SPD zur Mitte und zu Wählerschichten, die lange der Sozialdemokratie mit deutlicher Reserve begegnet waren, plante Zinn den Weg seiner Partei zu einem neuen Grundsatzzprogramm, mit dem die SPD den Wandel von der alten Klassenpartei zur modernen Volkspartei vollzog.

6. Schwerpunkte der Landespolitik

Die mit der Person Zinn symbiotisch verbundene hessische Politik der Zeit, rückblickend treffend als „Mischung von Vision und Technokratie“ charakterisiert²¹, zeichnete sich bundesweit durch einige Besonderheiten aus. Dabei nutzte Zinn die im föderalen System den Ländern gewährten Freiräume zu einer systematisierten Planung von Politik, die eine Nivellierung des sozialpolitischen Ungleichgewichts und des Gefälles zwischen den Regionen zum Ziel hatte. Dabei dürfe, so Zinn im Wahlkampf 1962, eine moderne Sozialreform nicht vor den „ländlichen Siedlungen“ halt machen.²² Eben weil die „alte Dorfromantik“ zu Ende gehe, so in seiner Regierungserklärung 1963, müsse sich die Politik verstärkt dem ländlichen Raum zuwenden. Dieser sei von einer sozialen und ökonomischen Umwälzung von weitreichender Bedeutung betroffen:

„Das idyllische Spitzwegzeitalter mit seiner nicht immer lebenswahren Dorfromantik geht zu Ende oder liegt schon hinter uns.“²³ Die Lebensqualität auf dem Land war zu erhöhen, um so Abwanderung und Ausblutung der ländlichen Gebiete zu stoppen.

Zentraler Baustein der „sozialen Aufrüstung des Dorfes“ waren die Dorfgemeinschaftshäuser, ausgerüstet mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Kühlräumen, Waschküchen, Büchereien etc. Neu war die Idee nicht: Überlegungen, mit solchen Häusern der Landflucht zu

begegnen, gab es schon vor dem Ersten Weltkrieg, die ersten dieser Art wurden während der Weimarer Zeit in Württemberg errichtet. Obwohl Landesregierung und Zinn nicht „Schöpfer“ der Idee waren, so war doch der Ministerpräsident Motor dieser Entwicklungspolitik, um „das Leben auf dem Dorfe“ lebenswerter zu machen.²⁴ Am Ende von Zinns Amtszeit zählte man um die 500 Gemeinschaftshäuser im Land – dazu kamen die seit 1959 geförderten Bürgerhäuser in großen Landgemeinden und Städten, die allesamt ihre Existenz der Eigenleistung der Bevölkerung und einer diese zur Voraussetzung machende staatliche Förderung verdankten. Beim Abschluss des Programms 1988 waren es inklusive Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen rund 1.500 solcher Gemeinschaftseinrichtungen.

Die Politik für das platte Land, später um den Bau von Kindergärten erweitert, wurde durch eine technische Aufrüstung der Landwirtschaft ergänzt, als in dem von bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben geprägten Hessen u. a. Landmaschinengemeinschaften und Aussiedlerhöfe gefördert wurden. Mitte der 1960er Jahre bestanden 6.500 solcher Maschinengemeinschaften. Hinzu kam der Ausbau des Fremdenverkehrs auf dem Lande. Und die Gemeinden putzten sich für die Urlauber raus: Unter dem Motto „Unser Dorf soll schöner werden“ eröffnete Hessen 1958, drei Jahre vor der bundesweiten Einführung, als erstes Land einen Wettbewerb, der den Ehrgeiz der Bewohner anstachelte, ihre Gemeinde ansehnlicher zu gestalten und touristisch attraktiver zu machen. Auch im Profanen lag „Hessen vorn“: Mitte der 1960er Jahre besaßen 96 Pro-



„Hessen vorn“ – auch auf dem Dorf (Wahlplakat 1962).

zent aller Landgemeinden eine zentrale Wasserversorgung (im Bund nur 70 Prozent).

Zur Hebung der ländlichen Lebenslagen gehörte auch eine Verbesserung der Schulversorgung, denn, so Zinn 1959, das Landkind dürfe im Wettbewerb um Bildung und Ausbildung nicht benachteiligt werden.²⁵ Während die dörfliche Politik traditionell nicht zu den bevorzugten sozialdemokratischen Handlungsfeldern gehörte und daher der hessische Weg der Planung umso bemerkenswerter war, so stellte die Bildungspolitik von jeher ein angestammtes Terrain der SPD dar. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen der Landesentwicklung erblickte Zinn die „Modernisierung des gesamten Bildungswesens“²⁶, immer unter der Prämisse der schichtenübergreifenden und regionalen Chancengleichheit gesehen. Beides stand in einem engen Zusammenhang.

Nachdem der Landtag 1958 das von Zinn zu Beginn seiner Amtszeit 1951 angestrebte Lehrerbildungsgesetz, das – als bundesweiter Vorreiter – eine Akademisierung der Lehrerbildung für alle Schulstufen verfügte, verabschiedet sowie die in der Landesverfassung verankerte Elternmitbestimmung geregelt hatte, erfolgte als nächster Modernisierungsschub die Konzentration der Schulen auf dem Land. Das war Teil des Reformprogramms in der Zeit von Kultusminister Ernst Schütte (1959–1969), dem es um Ausbau der Bildungschancen ging. Die Reformen stießen auf relativ geringen Widerstand. Zu heftigen Plenardebatten sorgte jedoch der Aufbau von

voll ausgebauten Mittelpunktschulen, die an die Stelle der kleinen leistungsschwachen Volks- und Zwergschulen auf dem Land traten und über die das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land überwunden werden sollte. Zwar gab es bereits Schulverbände, zu denen sich kleine Ortschaften unter Aufgabe ihrer Zwergschulen zusammengenommen hatten. Dennoch waren 1959/60 nur 18 Prozent aller Volksschulen achtklassig ausgebaut, demgegenüber immer noch ein Drittel einklassig. Die oppositionelle CDU prangerte das neue Mittelpunktschulkonzept als Schlag gegen die Dorfkultur an und sah die Regierung mit dieser Zentralisierung eine sozialistische Einheitsschule nach östlichem Muster einrichten. Jenseits aller Polemik: Es ging um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit – für alle Kinder in Hessen. Das Mittelpunktschulprojekt erwies sich als Erfolgsmodell zum Abbau der Bildungsdivergenzen zwischen Stadt und Land. Existierten 1963 etwa 50 Mittelpunktschulen, so waren es Ende des Jahres 1967 bereits 194. Hessen besaß Mitte der 1960er Jahre prozentual die geringste Zahl an Zwerggrundschulen (33 Prozent), während die Nachbarländer Rheinland-Pfalz und Bayern doppelt so hohe Quoten aufwiesen.

Das Reformpaket wurde abgerundet durch die sukzessive Einführung des 9. Pflichtschuljahres bis 1966 und den Ausbau des Zweiten Bildungsweges, allen voran durch die fünf zwischen 1959 und 1964 gegründeten Hessenkollegs, an denen Schüler mit abgeschlossener Berufsausbildung tagsüber in einem normalen Schulbetrieb Abitur oder Fachhochschulreife er-



Besuch einer Grundschule in Kassel (ca. 1957).

werben konnten. 1966 machte fast jeder zehnte hessische Schüler Abitur, die höchste Quote unter den Flächenländern der Republik. Die Zahl der Studierenden an den vier hessischen Universitäten stieg von 1950 bis 1970 um mehr als das Dreifache, von 11.000 auf 36.000. Eine Hochschulreform wurde Mitte der 1960er auf den Weg gebracht. Zudem intensivierte die Regierung die politische Bildung als integralen Bestandteil der Demokratisierung und gründete mit Kabinettsbeschluss vom 4. Mai 1954 die „Landeszentrale für Heimatdienst“, die spätere „Hessische Landeszentrale für politische Bildung“ (HLZ).

Demokratisierung und Modernisierung lauteten die Zielperspektiven, mit denen die Regierung die Einführung der Förderstufe und die Errichtung von additiven und integrierten Gesamtschulen begründete und an eine inhaltliche Neukonzeption des Unter-

richts ging. Das Schulverwaltungsgesetz vom Mai 1969 erhob die zunächst in Schulversuchen erprobte Förderstufe zum festen Bestandteil des Schulsystems. Zu diesem Zeitpunkt machte der Anteil der Schüler in Förderstufen an sämtlichen Schülern der Jahrgänge 5 und 6 etwa ein Fünftel aus. Gegen die obligatorische Einführung zog die CDU zu Felde. Wie später so oft in schulpolitischen Fragen riefen die politischen Widersacher die höchsten Gerichte an, die jedoch die Verfassungskonformität attestierten. Gegen Ende der 1960er Jahre wurde die Gesamtschule, von der SPD als „Schule der Zukunft“ propagiert, verankert. Entsprechende Modellprojekte wie das 1954 begründete Schuldorf Bergstraße, eine additive Gesamtschule, hatten sich als erfolgreich bewiesen, so dass die Regierung an den Aufbau von integrierten, schulformunabhängigen Gesamtschulen

ging, in der Schüler mit Haupt-, Real- und Gymnasialempfehlung gemeinsam unterrichtet wurden. Die Schirmherrschaft um diese Vorhaben in der Zeit Zinns gaben jedoch nur einen kleinen Vorgeschmack auf die späteren Konflikte ab Ende der 1960er Jahre, in der Hochzeit der hessischen Bildungsreform.

Aufsehen erregte Hessen Mitte der 1950er Jahre auch in einem ganz anderen Bereich: im kulturell-künstlerischen mit der ersten documenta 1955 in Kassel („d I“), die den Auftakt einer künstlerischen und kulturpolitischen Erfolgsgeschichte bildete. Die zunächst alle vier, dann alle fünf Jahre stattfindende documenta erwarb sich internationaler Anerkennung und gilt heute als eine der führenden, wenn nicht gar als die weltweit wichtigste Ausstellung zeitgenössischer Kunst.

Unbeirrt und selbstbewusst pflegten die Hessen ihren Sonderweg, zu dem auch die bundesweit einzigartige juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen durch den Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963 - 1965) gehörte, Verdienst des vielfach - innerhalb Hessens und auch von außerhalb - angefeindeten Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, der sich immer des Rückhalts von Zinn sicher sein konnte. Der Ministerpräsident hatte den 1933 emigrierten Juden und Sozialdemokraten 1956 von Niedersachsen nach Hessen geholt. Der Auschwitz-Prozess zwang die Öffentlichkeit, sich mit der Grausamkeit der Todesmühlen und der lange verdrängten NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Hessen besaß auch hier Vorbild- und Vorreiterfunktion.

7. Politik der Integration - der Hessenplan

Einer der wesentlichen Schwerpunkte der Landespolitik war die Integration der fast eine Million Flüchtlinge und Vertriebenen, die seit 1945 in das Land geströmt waren. Sie machten 27 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Über die Hälfte der seit Kriegsende angekommenen Neubürger gelangte in die wirtschaftlich unterentwickelten, überwiegend landwirtschaftlich geprägten Kreise im Regierungsbezirk Kassel. Für die ohnehin wirtschaftlich dem Süden



„Hessen ... hier lohnt das Leben“ - Wahlplakat der SPD 1958.

unterlegene Region bedeutete dies arbeitsmarktpolitisch eine besondere Herausforderung, zumal sich nicht nur die Beschäftigungslage nach Kriegsende durch die abrupte Stilllegung großer Rüstungsbetriebe und die Abschnürung vom Osten durch den Eisernen Vorhang verschärft hatte.

Bevölkerungszuwachs und das Angebot an Arbeitsplätzen und Wohnungen ins Lot zu bringen, war Motiv des vom Vorgängerkabinett Stock im Juli 1950 beschlossenen Hessenplans zur Integration der Flüchtlinge. Zinn nahm diesen Faden auf und erhob in seiner ersten Regierungserklärung am 10. Januar 1951 den Hessenplan zum Eckpfeiler der Landespolitik. Der Plan, dessen Kosten auf 500 Mio. DM beziffert wurden, sollte in vier Jahren die innere Umsiedlung von 100.000 Heimatvertriebenen zur wirtschaftlichen Eingliederung, den Bau von 25.000 Wohnungseinheiten zur Förderung der Umsiedlung, die Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen zur Bekämpfung der überhöhten Arbeitslosigkeit der Neubürger und die Errichtung von 3.000 landwirtschaftlichen Siedlerstellen ermöglichen.²⁷ Integration wurde also verknüpft mit der Förderung des wirtschaftlich strukturschwachen ländlichen Raumes über die Schaffung von Arbeitsplätzen. Von den Neubauprogrammen profitierten auch die „Althessen“, denn bei der Vergabe von aus Mitteln des Hessenplans gebauten Wohnungen kamen auch einheimische Wohnungssuchende zum Zuge. So lebten dann Altbürger und Neubürger „Tür an Tür“, womit eine Abkapselung der Zugewanderten in Flüchtlings-siedlungen weithin vermieden wurde.

Insgesamt wurde die Flüchtlingspolitik nicht isoliert gestaltet, sondern war Teil einer umfassenden landesweiten Raumordnungsplanung und Steuerung der Wirtschaftsentwicklung. So waren die über den Plan vergebenen Kredite zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht speziell für die Firmen der Neubürger, kamen aber diesen im besonderen Maße zugute, denn mit den Krediten war die Auflage verbunden, vornehmlich Flüchtlinge und Neubürger einzustellen. Heimatvertriebenen Landwirten und Landarbeitern ermöglichten günstige Darlehen den Erwerb von Bauernhöfen oder den Bau von sogenannten Nebenerwerbssiedlerstellen. Neben dem „Sektor der freien Wirtschaft“ trat ein „Sektor der geförderten Wirtschaft“, der zielgerichtet die regionalen Notstände beseitigen helfen sollte. Der Staat nahm sich der Entwicklung an, wollte nicht tatenlos zusehen.

Hessen stand unter den Bundesländern ganz vorn in Bezug auf die zur Verfügung gestellten Finanzmittel. So konnte sich die Bilanz sehen lassen. Bis Ende 1957 erhielten 114.000 Personen im Zuge einer Umsiedlung Arbeitsplätze und Wohnungen. 9.700 Familien hatten Vollbauern- bzw. Nebenerwerbsstellen oder ein Haus in einer Landarbeitersiedlung übernommen. Zum Ende der 1950er Jahre hatte der Hessenplan seine wesentlichen Ziele erreicht. 14.000 Flüchtlingsbetriebe mit 90.000 Dauerarbeitsplätzen waren entstanden; der Anteil der Neubürger an den Arbeitslosen lag mit 17 Prozent sogar knapp unter ihrem Anteil an der hessischen Gesamtbevölkerung (19 Prozent).

8. Planung als Prinzip

Das Element der Planung bestimmte Ende der fünfziger Jahre immer mehr die Landespolitik und schlug sich nieder in dem Jugendplan vom März 1958, mit dem die Einrichtung von Kindertagesstätten bis Jugendheimen gefördert wurde, dem Sozialplan für alte Menschen zur Verbesserung der Altenheimsituation, dem Landesgesundheitsplan und dem für den Sport verabschiedeten „Rot-Weißen Programm“, das sich zur Verbesserung des Breitensports auf den Bau von Sportanlagen konzentrierte. Auf diesen sozialen Feldern wurde Versäumtes nachgeholt und Zukunftsträchtiges aufgebaut, alles in allem finanzielle Kraftakte mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung, da sie systematisch die Lebensqualität verbesserten und die Regierung dabei benachteiligte Gebiete gezielt förderte. So rangierte Hessen 1965 bei den Pro-Kopf-Ausgaben für den Sportstättenbau an der Spitze aller Länder. Bis 1970 wurden 1.500 Sportplätze, 900 Turnhallen und 186 Frei- und Hallenschwimbäder errichtet. Die bei Kriegsende dramatische Wohnungsnot wurde schwerpunktmäßig bekämpft. „Jedem Bürger seine Wohnung“ hieß Zinns Zielvorgabe.²⁸ Bis 1970 wurden im sozialen Wohnungsbau um 450.000 Einheiten gefördert, so dass am Ende der Amtszeit Zinns jeder zweite Hesse in einer bis dahin neuerrichteten Wohnung lebte.

Die sozialpolitische Modernität wurde zum Kennzeichen Hessens, das mit dem Großen Hessenplan von 1965, von Zinn bereits im Wahlkampf 1962 angekündigt, den nächsten Schritt zur langfristigen Koordination von Landesinvestitionen unternahm.²⁹ Der neue



Der Ministerpräsident mit Weitblick: an der Grenze zur DDR (ca. 1957).

Plan, immer gedacht als Element innerhalb der „freien Marktwirtschaft“, war in seiner bundesrepublikanischen Einmaligkeit der Versuch, die Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur für die Dauer von einer Dekade zu steuern: „Der ‚Große Hessenplan‘ ist eine Übersicht der mutmaßlichen Entwicklung und eine Zusammenstellung von Maßnahmen zur bestmöglichen Förderung des Wirtschaftswachstums im Rahmen des Vorsehbaren.“³⁰

Bis 1974 sollten das Land 13,5 Mrd. DM, die Kommunen 7,5 Mrd. DM sowie Wohnungs- und übrige gewerbliche Wirtschaft 12 Mrd. DM investieren. Dabei gingen die Planer von einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 0,9 Prozent und einem jährlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von 4,5 Prozent (pro Einwohner) aus. Insgesamt lieferte das Strukturkonzept jenseits dirigistischer Zwangswirtschaft den Entscheidungsrahmen für die sozial-, wirtschafts-, verkehrs- und kulturpoli-

tischen Projekte und sorgte für einen kräftigen Modernisierungsschub. Diese erfolgreiche Strukturpolitik war auch Element der Identitätsstiftung.

9. Hessische Identität als innerer Leim

Die Unterschiede zwischen Neubürgern und Altbürgern zu verwischen und die Herausbildung einer gemeinsamen hessischen Identität zu fördern, war Zielsetzung des „Hessentags“. Eine kleine Gruppe in der Staatskanzlei entwickelte das Konzept eines Landesfestes, das der Initiator Zinn zur Chefsache erklärte, als er im Januar 1961 anordnete, das erste im Sommer stattfinden zu lassen. Der Hessentag als Teil einer sozialen Volkskultur sollte, so hieß es in der Chronik zum ersten 1961 in Alsfeld, jenseits von Volkstümellei „alle Hessen zwischen Weser und Neckar, Rhein und Werra zusammenführen“ und den Neubürgern offenbaren, dass die Gemeinschaft „Platz für jeden hat“.³¹ Und es sollte in dem noch jungen Land die „hessische Identität“ fördern und verankern, wie es in Zinns Worten in Alsfeld zum Ausdruck kam: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“³² Damit forderte Zinn, unter Anerkennung der Vielfalt von Traditionen in Hessen und der unterschiedlichen Herkunft der Vertriebenen und Flüchtlinge, das Bekenntnis zum gemeinsamen „Hessensein“ ein, quasi über einen bewussten Willensakt. Mit Erfolg. Der Hessentag als identitätsstiftendes Landesfest – das größte und älteste in der Bundesrepublik – trug und trägt als wichtiges Element der Landeskultur zur Formierung

und Stabilisierung eines Landesbewusstseins bei, damit auch zur regionalen Identität des Bundeslandes. Zinn setzte nicht nur hier gezielt auf Symbolpolitik, mit der er allen in Hessen Lebenden eine gemeinsame Identität, geprägt von Toleranz und Offenheit, verleihen wollte.

In der Tat bildete sich schon in den 1950er/1960er Jahren so etwas wie eine (gesamt-)hessische Identität heraus, die sich auch auf Traditionslinien und historische Kontinuitäten stützen konnte. Denn das Land war 1945 nicht wie später etwa Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen vom (besatzungspolitischen) „Himmel“ gefallen, sondern konnte auf lang zurückliegende Bindungen und Verbindungen, auf Planungen und Raumordnungsvorstellungen aus der Zeit weit vor 1945 aufbauen. Aber dieses „Hessen-Bewusstsein“ war mehr noch geprägt durch die gemeinschaftlichen Erfahrungen nach dem Krieg, also ein Produkt der Zeit nach 1945, der integrativen Politik Zinns.

10. Wirtschaftswachstum als Stabilisator der Politik

Die allmähliche Entstehung einer auch die Neubürger einschließenden Identität basierte auch auf dem wirtschaftlichen Aufschwung, den Zinns Regierung sich ans Revers heften konnte. In der Tat war der Erfolg durchaus „hausgemacht“: Hessen verzeichnete in den 1950er und 1960er Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegende wirtschaftliche Wachstumsraten. Hatte das Nettoinlandsprodukt pro Einwohner im Land 1950 noch vier

Prozent unter dem Bundesdurchschnitt gelegen, so rangierte es 1966 mit fünf Prozent über diesem. 1963 verzeichnete Hessen, das seit 1957 regelmäßig zu den „Geberländern“ im Länderfinanzausgleich gehört, das höchste Steueraufkommen pro Kopf aller Flächenstaaten in der Bundesrepublik. Der Zuwachs des Sozialprodukts je Einwohner zwischen 1958 und 1965 lag in Hessen bei 100 Prozent, im Bund bei 85 Prozent. Die im Februar 1950 auf dem Höchststand von 15 Prozent befindliche Arbeitslosigkeit wurde in der allgemeinen Wachstumsphase der 1950er Jahre abgebaut und rangierte 1960 unter einem Prozent. Die Wirtschaft im Lande verkündete Vollbeschäftigung und meldete den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften an. Die ersten Arbeitsmigranten kamen 1956 nach Hessen. Diese wirtschaftliche Prosperität ermöglichte Zinns Politik der sozialen Reform und stärkte zugleich seine Position vor allem auch gegenüber der Bundesregierung.

11. Hessen und der Bund

„Zinn war als Landesfürst gefürchtet in Bonn. Er selbst sieht sich als Hüter des Föderalismus“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“³³ wenige Wochen vor dem Ende der Regierungszeit von Zinn, der das sozialdemokratische Hessen immer als ein sozialistisches Bollwerk gegen alle restaurativen Bestrebungen Bonns verstand.³⁴ Ebenso selbst- wie machtbewusst nutzte der Hesse den Bundesrat, dessen turnusmäßiger Präsident er 1953/54 und 1964/65 war, als wirkungsmächtige

Ländervertretung. In dem Streben, sich als Gegenpol zu der von der CDU geführten Politik im Bund zu positionieren, wurde mit Adenauer und der Bundesregierung mancher Strauß ausgefochten.

Als Ministerpräsident wandelte sich der einstmals einer zentralstaatlichen Organisation das Wort redende Vater des Grundgesetzes zum pointierten Verfechter der Länderrechte, zu einem „bewussten, aber immer gesamtstaatlich verantwortungsbewussten Föderalisten von hessischem Schrot und Korn“.³⁵ Dabei spielte die Wahrung der Länderinteressen ebenso wie die Verfolgung von Parteipolitik eine Rolle. Denn in dem Streben, Hessen zum sozialdemokratischen Vorzeigeland zu formen, musste Zinn zwangsläufig der Adenauer-Regierung die Stirn bieten, wenn die Bonner Politik den Interessen des Landes zuwider lief; er konnte das föderalistische Gefüge aber auch für die Parteipolitik instrumentalisieren. Die Grenze zwischen landes- und parteipolitischer Motivation war dabei fließend. Kritik aus Bonn an einer mangelnden Loyalität zum Bund konterte der Regierungschef in einer Rundfunkansprache 1958 selbstbewusst: „Man spricht von Bundestreue und meint Gleichschaltung Hessens!“³⁶ Hieraus ergab sich in zahlreichen Sachfragen eine Frontstellung zur Bonner Regierung.

Und nicht nur in Sachfragen: Als Zinn im Herbst 1952 die Existenz einer nationalistischen, von führenden Mitgliedern des antikommunistischen, mit finanziellen Mitteln des Bundes geförderten „Bundes Deutscher Jugend“ (BDJ) unter dem Tarnnamen „Technischer

Dienst des BDJ“ begründeten Organisation publik machte, spielte die Bundesregierung das Ganze zunächst runter. Doch ließen die Wiesbadener Ermittlungen keine Zweifel an der Gefährlichkeit der rechtsextremen Gruppe, die dann von Hessen und anderen Ländern zu Beginn des Jahres 1953 verboten wurde.

Handfeste Kontroversen ergaben sich in der Deutschlandpolitik, als sich Hessen 1952 gegen den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stellte. Das war nicht nur der Parteiloyalität geschuldet, sondern war originäre Politik der Landes-SPD und von Zinn. Auch die Pariser Verträge von 1955, mit denen die Bundesrepublik die Souveränität erhielt, lehnte das sozialdemokratische Hessen ab.



Mit Bundespräsident Theodor Heuss 1956.

Hier vertrat Zinn die offizielle Linie der Partei, obwohl andere SPD-Länderchefs dieser nicht folgten.

Es gab insgesamt genügend Gründe für die Bonner Regierung, die hessischen Widerstände zu geißeln, denn Hessen und Zinn gehörten bald zu den „Stammkunden“ des Bundesverfassungsgerichts³⁷, um das Verhältnis von Bund und Ländern zu konkretisieren.

Gestärkt wurden die Länderrechte durch das sogenannte Konkordatsurteil von 1957, als sich Hessen und Bremen an die Seite des von der Bonner Regierung beklagten Niedersachsen stellten, das, so die Bundesregierung, mit der Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule gegen das von den Nationalsozialisten abgeschlossene Reichskonkordat von 1933 verstoße. Bonn sah das Recht des Bundes auf Respektierung der für ihn verbindlichen internationalen Verträge berührt und zugleich die Pflicht zur Bundestreue missachtet. Karlsruhe gab in diesem Verfahren von hoher verfassungsrechtlicher Bedeutung den Ländern und explizit Hessen Recht: Die Länder seien gegenüber dem Bund nicht verpflichtet, das Konkordat bei der Gestaltung des Landesschulrechts zu berücksichtigen. Mit der Bestätigung der Kulturhoheit der Länder wurde ein Markstein der föderativen Ordnung gelegt.

Den „Sturmbock“³⁸ spielte Zinn auch 1958, als er erfolgreich Klage gegen die Steuerbegünstigung von Parteispenden erhob. Diese Neuregelung begünstigte Parteien, die Großspenden erhielten, also auch die CDU. Dagegen zog der Sozialdemokrat zu Felde, sah er doch seine auf Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden angewiesene SPD

weit im Nachteil. Das Verfassungsgericht gab Zinns Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit dieser indirekten staatlichen Parteienfinanzierung Recht. 1966 siegte das Land mit einer Normenkontrollklage gegen die im Bundeshaushalt 1965 ausgewiesenen 38 Millionen Mark zur Parteienfinanzierung. Wegen der Höhe und der Verteilungsmodalitäten war Hessen beim Bundesgericht vorstellig geworden.

Das sicher größte Aufsehen erregte der Streit um das „Adenauer-Fernsehen“ 1960/61, in dem die sozialdemokratische Länderopposition gegen einen Regierungskanal als zweites Fernsehprogramm von den Hessen angeführt wurde. Zinn gehörte als einer von zwei Sozialdemokraten der von den Ländern im Vorfeld eingesetzten Verhandlungskommission an. Das Übergehen dieser Kommission durch die Bundesregierung motivierte ihn zum entschlossenen Widerstand in diesem Kompetenzstreit zwischen Ländern und Bund. In seinem umfassenden Antrag vor dem Verfassungsgericht wollte das Land die verfassungsrechtliche Unvereinbarkeit des von Adenauer intendierten Deutschland-Fernsehen festgestellt wissen. Adolf Arndt als Rechtsvertreter der Klagenden, Intimus von Zinn aus den Anfangsjahren als Justizminister, konnte sich bei den Verhandlungen auf sachverständige Ausarbeitungen der Wiesbadener Staatskanzlei stützen. Die Rechtsbedenken der Landesregierung wurden vom Bundesverfassungsgericht vollauf bestätigt. Die Länderrechte wurden im Fernsehurteil vom 28. Februar 1961 gestärkt – die wohl bitterste Niederlage Adenauers im Kampf mit

den Ländern und der wohl größte Triumph Zinns über Bonn, eine insgesamt den Kulturföderalismus nachhaltig prägende Entscheidung.

Bonn zahlte mit gleicher Münze heim: Als im April 1958 im Zuge der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr nacheinander die Stadtverordnetenversammlungen von Frankfurt, Darmstadt und Offenbach die Magistrate aufforderten, eine Volksbefragung über die Atombewaffnung durchzuführen, stellte die Bundesregierung die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz fest. Adenauer ersuchte die Landesregierung, die nach Ansicht des Bundes rechtswidrigen Beschlüsse aufzuheben. Zinn lehnte ab, doch das Bundesverfassungsgericht erklärte Ende Juli 1958 die in anderen Ländern beschlossenen Gesetze für eine Volksbefragung über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr für verfassungswidrig. Es stellte weiterhin fest, dass Hessen seine Bundestreue verletzt habe, indem die Landesregierung die in einigen Städten gefassten Beschlüsse zu einer Volksbefragung nicht aufgehoben hatte. Diese Sache war damit erledigt.

Abgeschmettert wurde letztlich auch die sogenannte „Hessenklage“ in Sachen Neugliederung der Länder, eine Zinn persönlich am Herzen liegende Frage. Hessen zählte in den 1950er Jahren zu den wenigen Ländern, die weiterhin für eine territoriale Flurbereinigung eintraten, um die im September 1945 bei der Landesgründung ausgegliederten ursprünglichen hessischen Gebiete, das linksrheinische Rheinhessen und vier rechtsrheinische Kreise Nassaus, zurückzugewinnen. Nach-

dem 1956 in den zu Rheinland-Pfalz gehörenden Regierungsbezirken Montabaur und Rheinhessen erfolgreiche Volksbegehren für eine Rückgliederung nach Hessen stattgefunden hatten, die Bundesregierung aber kein Gesetz vorlegte, erhob die Landesregierung 1958 Unterlassungsklage beim Bundesverfassungsgericht, die jedoch 1961 als unzulässig verworfen wurde.

Zinn sah all diese Aktionen im Rahmen eines modernen Föderalismus, machte sich angesichts einer drohenden dauerhaften Verfestigung der christdemokratischen Vorherrschaft im Bund Mitte der 1960er Jahre zum Vorreiter einer Fortentwicklung der Mitbestimmungsrechte der Länder und einer Stärkung der Länderkooperation über einen Ausbau der Ministerpräsidentenkonferenz.³⁹

Mit der Verteidigung der föderativen Ordnung eckte Zinn aber auch in der eigenen Bundespartei des Öfteren an. Als der wohl sachkundigste „Gegenspieler der sozialdemokratischen Bundespolitik“ auf der Länderseite⁴⁰ ertete er mitunter scharfe Vorwürfe aus der Bonner SPD-Partei-Zentrale, indem er sich, obwohl Mitglied des Bundesparteivorstandes (1952 – 1970), gegen Beschlüsse der Parteispitze stellte. So reihte sich der Hesse mit seinem doch eher konservativen Nord-Bezirk im Sommer 1967 in die Phalanx der Parteigliederungen ein, die die Politik der 1966 im Bund gebildeten Großen Koalition und die der Bundespartei auf einem Sonderparteitag zur Rechenschaft gezogen wissen wollte. Das erzürnte gar den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Helmut Schmidt.

In der Debatte um die Reform der Finanzverfassung positionierte sich vor allem Zinn als Verteidiger föderalistischer Interessen auch gegen die eigene Bundespartei. Obwohl die persönlichen Beziehungen Zinns zu den Führungszirkeln der SPD in Bonn merklich abkühlten, schaffte es der Hesse auf die (insgesamt doch recht lange) interne Liste der SPD-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten in der Nachfolge von Heinrich Lübke, der im März 1969 zu wählen war.

12. Ein abruptes Ende

Wenige Wochen zuvor hatte Zinn auch in Hessen partei-internen Gegenwind gespürt, als einige in den Führungszirkeln der Landes-SPD auf Verjüngung des Kabinetts drängten und wohl auch ihn mit fast 68 Jahren nunmehr für „pensionsfähig“ hielten. Dieser Konflikt war Ausfluss eines beginnenden rasanten Generationenwechsels innerhalb der SPD und Zeichen einer Verstimmung in der Landespartei über den landesweit nach wie vor populären Zinn, dessen Regierungsstil zum Ende hin patriarchalische Züge⁴¹ annahm, was viele in der eigenen Partei nicht goutierten. Zwar konnte er sich noch einmal behaupten, doch wurde seine erneute Kandidatur bei den kommenden Landtagswahlen 1970 an Bedingungen geknüpft, darunter eine Kabinettsverjüngung nach den Bundestagswahlen von 1969. Die Presse hatte zu Beginn des Jahres bereits ausgiebig über den Rücktritt des Ministerpräsidenten spekuliert. Die Parteigremien gaben mitunter

sonderbar klingende Treueschwüre ab. Der Vorstand von Hessen-Süd forderte, dass Zinn nur noch bis 1972 sein Amt führen sollte.

Zinn überstand, wenn auch mit Blessuren, diese „Palastintrige“.⁴² Wenige Wochen später, am 10. April 1969, brach er nach einem Hirnschlag zusammen. Seine Hoffnung, nach der Genesungsphase vollkommen wieder hergestellt an den Regierungstisch zurückzukehren, erwies sich als illusorisch. Die Ärzte rieten zum Rücktritt, zu dem er sich dann Ende August entschloss. Am 2. Oktober 1969 legte er sein Amt nieder, zu einer Zeit tiefer Veränderungen. Es zeichnete sich eine deutliche Abschwächung des wirtschaftlichen Aufwärtstrends und vor allem ein gesellschaftlicher Umbruch von größter Tragweite ab, auch durch die Studentenbewegung 1967/68 ausgelöst, die in Frankfurt eines ihrer Zentren besaß.

So bleibt die Frage, ob Zinn nach 25 Jahren im Zentrum der Landespolitik, im 19. Jahr als Ministerpräsident noch in der Lage gewesen wäre, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und diese zu meistern. Möglicherweise war der Herbst des Jahres 1969 für seinen Nachruhm der richtige Zeitpunkt, um aus der Politik auszuscheiden. An der Seite seiner zweiten Frau Christa, die er 1963 geheiratet hatte, verbrachte er seinen Lebensabend. Er zog sich weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück und schlüpfte nicht wie andere Politiker im Ruhestand in die Rolle des „elder statesman“, der seinen Nachfolger und die Öffentlichkeit mit Ratschlägen und Weisheiten zu beeinflussen versuchte.

Am 27. März 1976 verstarb Georg August Zinn, der seinen letzten



*Am Beginn der letzten Amtszeit:
Regierungserklärung am 18. Januar
1967 im Landtag.*

großen öffentlichen Auftritt bei der Staatsfeier zu seinem 70. Geburtstag 1971 hatte, in seiner Geburtsstadt Frankfurt. Der große Sozialdemokrat und Staatsmann, Ehrenbürger von Frankfurt, Kassel und Wiesbaden, wurde am 2. April nach einem feierlichen Staatsakt im Hessischen Landtag in Wiesbaden beigesetzt.

13. Die Ära Zinn - eine Bilanz

Mit dem Rücktritt Georg August Zinns endete eine Ära der hessischen Politik. Mehr noch: Seine Regierungszeit markierte eine Epoche der Nachkriegszeit in den deutschen Ländern. Bei seinem Amtsantritt im Dezember 1950 war er mit 49 Jahren der Jüngste in der Riege der Ministerpräsidenten ge-

wesen, bei seiner Amtsaufgabe im Oktober 1969 der dienstälteste Länderchef. Bis dahin konnten nur der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU; 1947 - 1969) und Bremens Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD; 1945 - 1965) längere Amtszeiten vorweisen.

Die hessische Politik in der Zeit Zinns wurde als herausragendes Modell sozialdemokratischer Landespolitik der Adenauer-Zeit gesehen. Dabei wird Zinn - als Synonym für diesen Gegenentwurf - in der hessischen Erinnerungskultur mitunter in einer an die Bismarck-Verklärung reichenden Art und Weise überhöht. Was Adenauer als Symbolfigur des Bundes war, stellte Zinn auf Landesebene dar. Alle nachfolgenden Wiesbadener Ministerpräsidenten jedenfalls mussten und müssen sich an ihm

messen lassen und sie wurden und werden an ihm gemessen. Zinn blieb bis heute in Erinnerung, gewürdigt nicht nur mit zahlreichen Schulen, Mehrzweckhallen und Straßen in Hessen, die seinen Namen tragen.⁴³

Die Politik des sozial- und strukturpolitischen Ausgleichs hatte dem Land in der CDU-regierten Bundesrepublik einen einzigartigen Charakter verliehen. Seine projektbezogene Politik stieß bis weit in bürgerliche Mittelschichten und bäuerliche Milieus auf Akzeptanz.

Die Erfolge dieser Politik, mit der für bundesdeutsche Verhältnisse einmaligen Planungsstrategie als Markenkern, waren weithin sichtbar: „Quer durch die Statistik“ lag Hessen vorn, schrieb „Der Spiegel“ 1966 auf dem Höhepunkt von Zinns Wirkungsmacht und zitierte



Der Baumeister Hessens.

als Kronzeugen Eugen Kogon, der als Neuheesse nach 1945, Berater der Landesregierung und Politikprofessor an der Technischen Hochschule Darmstadt die Landespolitik aus engster Nähe verfolgt hatte. Zinn habe, so Kogon, Hessen zu einem sozialdemokratischen Musterstaat, zu einem „durch und durch erfolgreichen Modell deutscher Demokratie“ geformt, das sich vom Bonner System „in einigem sehr, in vielem beachtlich“ unterscheidet.⁴⁴ Er hatte Recht. Insgesamt profitierte Zinns sozial ausgerichtete Politik der Modernität von positiven Wirtschaftsdaten, die Vorausberechnung und Planung erleichterten. Seine sozialdemokratischen Nachfolger sahen sich anderen Rahmenbedingungen ausgesetzt: Der durch die Öl-Krise 1973 verursachte wirtschaftliche Einbruch zwang Albert Osswald (1969–1976) zu einem Wandel in der Politik der Planung. Er konzentrierte sich nunmehr auf die Sicherung des bislang Erreichten. Die Planungseuphorie war dahin, der Glaube an die Möglichkeit langfristiger Disposition, gestützt auf ein stetes wirtschaftliches Wachstum, zerstört. Und Ministerpräsident Holger Börner (1976–1987) erklärte 1977 mit Blick auf übereilige Reformeiferer das „Ende der Fahnenstange“.⁴⁵

Zinn hatte den Grundstein für ein prosperierendes und innovatives Hessen des sozialen und regionalen Ausgleichs, der Offenheit, Liberalität und Toleranz gelegt, gekennzeichnet – so „Die Zeit“ im Rückblick – durch eine „Mischung aus Wohlstandsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat“.⁴⁶ So durfte der Ministerpräsident zum Wahlkampf 1966 im Brustton der Überzeugung konstatieren: „Hessen ist zur Vorhut, ja, zum



Georg August Zinn und der spätere Ministerpräsident Holger Börner.

Modell sozialdemokratischer Politik geworden.“⁴⁷ Auf dem Parteitag der südhessischen-SPD 1952 hatte er erklärt, dass die „sozialistische Landespolitik“ ein „Vorgriff auf eine entsprechende Bundespolitik“ sein könne.⁴⁸ Er trat ab, als in Bonn die SPD mit Willy Brandt als Bundeskanzler das Ruder übernahm und mit der FDP als Junior-Partner die Chance besaß, die Republik nach hessischem Vorbild zu formen. Aber die gesamtgesellschaftlichen Koordinaten hatten sich inzwischen grundlegend geändert, so dass ein ganzheitliches Anknüpfen an das Modell Hessen als Blaupause nicht mehr möglich war. Selbst im Land konnte es nicht mehr in der Zinn’schen Weise fortgeführt werden. Aus der sozialdemokratischen Speerspitze Hessen wurde ein ganz normales Bundesland, sukzessive seine einstige Vorreiterrolle verlierend. Das ändert nichts an den dauerhaften Verdiensten Georg August Zinns für die Entwicklung des Landes: Er ist (und bleibt) der „Baumeister“⁴⁹ des modernen Hessen.

Anmerkungen

- 1 In Ermangelung einer großen Biografie empfiehlt sich als Einstieg der Ausstellungsbegleitband: „Unsere Aufgabe heißt Hessen.“ Weiterführende Literatur zu den einzelnen Komplexen bei MÜHLHAUSEN, Das rote Hessen. Der Vorname Georg August wird ohne Bindestrich (Ausnahme zitierte Literatur) geschrieben, obwohl er selbst, entgegen der bindestrichlosen Schreibung seines Namens im gedruckten Briefkopf offizieller Schreiben als Ministerpräsident, zuweilen mit Bindestrich unterzeichnete.
- 2 „Der Spiegel“ Nr. 45 vom 31. Oktober 1966, S. 62.
- 3 BEHR u. a., Wahlatlas, S. 75.
- 4 Treffende Unterteilung bei BERDING/ZILIIEN, Integration.
- 5 Regierungserklärung Zinns vom 30. Januar 1963; ebd., S. 384.
- 6 So sein ehemaliger Ministerkollege Erwin Stein (CDU); STEIN, Grundsätze, S. 82.
- 7 OSSWALD, Eine Zeit vergeht, S. 69 und S. 67.
- 8 STEPHAN KLECHA/BETTINA MUNIMUS/NICO WEINMANN: Hessens Ministerpräsidenten im Profil, in: SCHROEDER, Parteien, S. 284–312, hier S. 290.
- 9 STERNBURG, Zinn, S. 269.
- 10 BEIER, Zinn, S. 334.
- 11 „Die Zeit“ Nr. 45 vom 4. November 1966.
- 12 „Die Zeit“ Nr. 15 vom 2. April 1976.
- 13 Zitiert bei STERNBURG, Zinn, S. 270.
- 14 „Die Zeit“ Nr. 38 vom 17. September 1982.
- 15 „Die Zeit“ Nr. 4 vom 27. Januar 1955.
- 16 GEORG-AUGUST ZINN: Der große Plan. Hessen – 22 Jahre unter sozialdemokratischer Führung, in: „Die Neue Gesellschaft“, Sonderheft vom 1. Mai 1969, S. 41–46, hier S. 42.
- 17 BERDING/ZILIIEN, Integration, S. 57.
- 18 Regierungserklärung vom 19. Januar 1955; Drucksachen Hess. Landtag, III. Wahlperiode 1955, Abt. III. Stenographische Berichte, S. 22 und S. 23.
- 19 Regierungserklärung vom 10. Januar 1951 in: BERDING/ZILIIEN, Integration, S. 59.
- 20 STERNBURG, Zinn, S. 267.
- 21 „Die Zeit“ Nr. 4 vom 17. September 1982.
- 22 GEORG AUGUST ZINN: Hessen vorn. Rede auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD am 16. September 1962 in Rüsselsheim [Frankfurt a. M.] 1962, S. 19.
- 23 Rede Michelstadt 1961 bei WITTKOP, Zinn, S. 19; Regierungserklärung 30. Januar 1963 in: BERDING/ZILIIEN, Integration, S. 343.
- 24 Regierungserklärung Zinns vom 10. Januar 1951 in: ebd., S. 65.
- 25 Regierungserklärung 28. Januar 1959; Drucksachen Hess. Landtag, IV. Wahlperiode 1959, Abt. III. Stenographische Berichte, S. 22.
- 26 GEORG AUGUST ZINN: Für Hessens Zukunft. Rede auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD am 10. September 1966 in Gießen. Hrsg. vom SPD Landesverband Hessen [Frankfurt a. M.] 1966, S. 15.
- 27 Der Hessenplan 1950–1954. Ausgangspunkt, Entwicklungsstufen. Teilergebnisse, Beurteilung. Bericht des Landesamtes für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte [...], o. O. 1954. S. 13.
- 28 ZINN, Hessen vorn, S. 16.
- 29 Der Große Hessenplan. Ein neuer Weg in die Zukunft. Hrsg. vom Hessischen Ministerpräsidenten, Wiesbaden 1965.
- 30 ZINN, Der große Plan, S. 44.
- 31 KOCH, Fest, S. 130.
- 32 Vielfach zitiert; Manuskript der Rede vom 2. Juli 1961 Alsfeld in:

- Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 502, Nr. 11157; s. a. ANDREAS HEDWIG: Hesse ist, wer Hesse sein will – Suche nach hessischen Identitäten, in: Hessische Heimat 2009, Heft 2, S. 51 – 58.
- 33 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 29. August 1969, nach: Zeitgeschichte in Hessen <<http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/4357>> (Stand: 14.1.2016).
- 34 Rede Bezirksparteitag Hessen-Süd 1959, zitiert bei BEIER, Chronik, S. 221.
- 35 HILDEGARD HAMM-BRÜCHER: Nach- und Weiterdenken über unsere Verfassung, in: NORBERT KARTMANN (Hrsg.): I. Festakt „50 Jahre Hessische Verfassung“ am 1. Dezember 1996 im Staatstheater Wiesbaden/II. Gedenkveranstaltung [...], Wiesbaden 2003, S. 21 – 35, S. 24.
- 36 WUNDER, Bundesrat, S. 65; zu diesem Abschnitt auch DIETER GOSEWINKEL: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961), Bonn 1991, passim.
- 37 „Die Zeit“ Nr. 17 vom 24. April 1964.
- 38 „Der Spiegel“ Nr. 31 vom 25. Juli 1966, S. 17.
- 39 GEORG AUGUST ZINN: Die Ministerpräsidenten-Konferenz – ein Element bundesstaatlicher Kooperation, in: HORST EHMKE, CARLO SCHMID und HANS SCHAROUN (Hrsg.): Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1969, S. 479–497.
- 40 So KLAUS SCHÖNHOFEN: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004, S. 336; zum Folgenden, u. a. zum Zwist mit Schmidt: ebd., S. 204.
- 41 SCHÖNHOFEN (ebd.), S. 494, nennt den späten Zinn einen „Patriarchen“; die seit April 1967 in hessischen Diensten stehende Staatssekretärin HAMM-BRÜCHER (wie Anm. 35), S. 24, spricht von einer „patriarchalisch-sozialdemokratischen Regentschaft“ Zinns.
- 42 So der vormalige hessische Finanzminister Heinrich Troeger (SPD) in seinem Tagebuch, zitiert bei BEIER Chronik, S. 312.
- 43 Aufgelistet in: „Unsere Aufgabe heißt Hessen“, S. 100.
- 44 „Der Spiegel“ Nr. 45 vom 31. Oktober 1966, S. 62.
- 45 „Der Spiegel“ Nr. 22 vom 23. Mai 1977, S. 65.
- 46 „Die Zeit“ Nr. 16 vom 10. April 1987.
- 47 ZINN, Hessens Zukunft, S. 19.
- 48 BEIER, Chronik, S. 149.
- 49 Vielfach verwandte Charakterisierung, u. a. bei STERNBURG, Zinn, S. 266.



Weiterführende Literatur

- „Unsere Aufgabe heißt Hessen“. Georg August Zinn. Ministerpräsident 1950–1969. Katalog zur Ausstellung des Hessischen Hauptstaatsarchivs im Auftrag der Hessischen Landesregierung, Wiesbaden 2001
- ARNDT, ROSELINDE u.a.: Rudi Arndt. Politik mit Dynamit. Eine politische Biografie, Hanau 2011
- BEHR, A.[LFRED]/BREIT, G.[OTTHARD]/LILGE, H.[ERBERT]/SCHISLER, J.[AKOB]: Wahlatlas Hessen 1946–1989, Braunschweig³1989
- BEIER, GERHARD: Georg-August Zinn, in: HANS SARKOWICZ/ULRICH SONNENSCHNEIN (Hrsg.): Die großen Hessen, Frankfurt a. M./Leipzig²1997, S. 334–339
- BEIER, GERHARD: SPD Hessen. Chronik 1945 bis 1988, Bonn 1989
- BERDING, HELMUT/ZILLEN, JOHANN (Bearb.): Integration. Planung. Bildung. Hessische Landtagsdebatten 1951–1970. Eine Dokumentation, Wiesbaden 2014
- BIRKELBACH, WILLI: Fazit. Gelebt – bewegt. Von Luise Marie Dreßler, Marburg 2000
- FUCHS, THOMAS: „Soziale Aufrüstung des Dorfes“. Über das Dorfgemeinschaftshausprogramm der Regierung Zinn, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 52 (2002), S. 181–199
- HARDACH, GERD: Kontinuität und Wandel. Hessens Wirtschaft seit 1945, Darmstadt 2007
- KOCH, ROLAND (Hrsg.): Das große Fest der Hessen. Die Geschichte der 50 Hessentage seit 1961, Frankfurt a. M. 2010
- MÜHLHAUSEN, WALTER: Das rote Hessen unter Zinn – Gegenmodell zur Adenauer-Republik, in: WOLFGANG SCHROEDER/ARIJANA NEUMANN (Hrsg.): Politik und Regieren in Hessen, Wiesbaden 2015, S. 251–269
- MÜLLER, MICHAEL: Die hessische SPD als Regierungspartei in der Ära Zinn, in: HELMUT BERDING/KLAUS EILER (Hrsg.): Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, Wiesbaden 2006, S. 91–123
- OSSWALD, ALBERT: Eine Zeit vergeht. Lebenserinnerungen des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten, Gießen²1994
- SCHNEIDER, BERND: Die Integrationspolitik der Hessischen Landesregierungen unter Ministerpräsident Georg-August Zinn, Diss. Gießen 1995
- SCHROEDER, WOLFGANG (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden 2008, S. 77–106
- STEIN, ERWIN: Politische und verfassungsrechtliche Grundsätze in den Regierungserklärungen von Georg August Zinn, in: DERS. (Hrsg.): 30 Jahre Hessische Verfassung 1946–1976, Wiesbaden, S. 80–100
- STERNBURG, WILHELM VON: Georg August Zinn, in: CLAUDIUS HINRICH CASDORFF (Hrsg.): Demokraten. Profile unserer Republik, Königstein/Ts. 1983, S. 257–271
- WEDEL, MARKUS: Die hessische SPD 1950–1959. Eine Volkspartei im Werden, Wiesbaden 2012
- WITTKOP, JUSTUS FRANZ: Georg-August Zinn. Ein Staatsmann unserer Zeit, München/Wien/Basel 1962
- WUNDER, EILIKA: Georg August Zinn (1901–1976), in: BERND HEIDENREICH/WALTER MÜHLHAUSEN (Hrsg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 95–108
- WUNDER, EILIKA: Hessen im Bundesrat. Zum föderalistischen Selbstverständnis der hessischen Landesregierung 1949–1955, Wiesbaden 2000

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur. Hrsg.: Angelika Römig.

Bisher sind erschienen:

- Blickpunkt Hessen 1: Erwin Stein – Mitgestalter des neuen Bundeslandes Hessen
- Blickpunkt Hessen 2: Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945
- Blickpunkt Hessen 3: Carl Ulrich – Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten
- Blickpunkt Hessen 4: Die Gründung des Landes Hessen 1945
- Blickpunkt Hessen 5: Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie
- Blickpunkt Hessen 6: Hessische Grenz Museen: Point Alpha und Schiffersgrund
- Blickpunkt Hessen 7: Hessische Partnerregionen: Emilia-Romagna, Aquitaine, Wielkopolska, Wisconsin, Jaroslaw
- Blickpunkt Hessen 8: Oskar Schindler – Vater Courage
- Blickpunkt Hessen 9: Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse
- Blickpunkt Hessen 10: 1908: Studentinnen in hessischen Hörsälen
- Blickpunkt Hessen 11: Die Spielregeln der Demokratie in den hessischen Gemeinden – 200 Jahre Magistratsverfassung
- Blickpunkt Hessen 12: Leben und Wirken Georg Büchners und seiner Familie in Hessen
- Blickpunkt Hessen 13: Kleindenkmale schreiben Geschichte: Historische Grenzsteine in Hessen
- Blickpunkt Hessen 14: Nachhaltigkeit in Hessen – Ansätze für kommunales Handeln
- Blickpunkt Hessen 15: Als die Synagogen brannten – Die November-Pogrome 1938 in Hessen
- Blickpunkt Hessen 16: „... weit mehr als ein Gerichtsverfahren ...“
Der Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main
- Blickpunkt Hessen 17: Christian Stock (1884–1967) – Arbeiterführer, Sozialpolitiker, Ministerpräsident
- Blickpunkt Hessen 18: Der „20. Juli 1944“ und Hessen – Ein Rückblick nach 70 Jahren
- Blickpunkt Hessen 19: Die Karriere einer Ausstellung – 60 Jahre documenta
- Blickpunkt Hessen 20: Die Entstehung der Hessischen Verfassung 1946